

Geschichte Palästinas ab Ende 19. Jahrhundert

Die Geschichte Palästinas könnte zu jedem Zeitpunkt in der Vergangenheit begonnen werden. Doch bieten sich die Jahre um 1880 in besonderer Weise an, da ab dieser Zeit in einem engeren Sinn von einer Geschichte gesprochen werden kann, die auf das hinzielt, was wir heute Palästina nennen.

1. Es lebten bereits Juden in Palästina

Innerhalb des Landes hatte sich in der Zwischenzeit eine nicht geringe Zahl an Juden etabliert und ein eigenes Leben eingerichtet. Zu Beginn des 13. Jahrhunderts waren jüdische Rabbinen mit ihren Familien aus Frankreich eingewandert^[1]. Die Vertreibung der Juden aus Spanien 1492 hatte zu einer Einwanderung geführt. Im 15. und 16. Jahrhundert kamen Juden aus Italien, Frankreich, Deutschland, Spanien und Portugal. Insbesondere das hohe Ansehen, das die Kabbala in Safed erfuhr, zog viele in das Heilige Land. 1764 gab es die erste bewusst gesteuerte Einwanderungsbewegung der Chassidim unter der Führung von Schülern des berühmten Ba`al Schem Tow. 1830 gab es Zustrom aus Deutschland, den Niederlanden und Ungarn. Während des 19. Jahrhunderts fand die Einwanderung tausender Juden aus orientalischen Ländern wie der Türkei, Nordafrika, Irak, Persien, Buchara, Kurdistan, Afghanistan, dem Kaukasus und dem Jemen statt, welche die Ankunft des Messias für das jüdische Jahr 5.600 (=1840) erwarteten. 1840 waren Juden die größte Bevölkerungsgruppe in Jerusalem. Der Boden für das, was kommen sollte, war also über Jahrhunderte bereitet.

1 Über die Motive für die Emigration der Rabbinen sind verschiedene Mutmaßungen angestellt worden. Einige Forscher konstruierten einen Zusammenhang mit dem Maimonidesstreit, andere zogen eine Verbindung zum messianischen Fieber, der zu Beginn des 13. Jahrhunderts viele europäische Juden ergriffen hatte. Häufig wurden soziale und politische Gründe als Anlass für diese frühe Alija angeführt. Die Situation der Juden in Nordfrankreich und England hatte sich Ende des 12. Jahrhunderts um einiges verschlechtert. Gleichzeitig schien sich die Lage in Palästina nach der Rückeroberung Jerusalems durch Saladin von 1187 zu Gunsten der Juden verbessert zu haben. Dies und der Umstand, dass sowohl vom französischen wie vom englischen König neue Sondersteuern erhoben wurden und dass 1198 mit Innozenz III. ein eher judenfeindlicher Papst an die Macht gekommen war, lässt einige Forscher annehmen, dass wirtschaftliche und politische Gründe die Hauptmotive gewesen seien.

Die erste Alija, also die erste ausdrückliche und absichtsvolle Einwanderung, dauerte dann von 1882–1903. Das Gebiet von Palästina gehörte damals zum Osmanischen Reich. Mit der 1. Alija kamen 20.000 bis 30.000 Einwanderer aus Osteuropa, Russland, Rumänien und dem Jemen. Die Gründe für eine Einwanderung lassen sich dabei auf drei Faktoren zurückführen:

Die uralte Sehnsucht der Juden nach ihrem historischen Heimatland.

Die andauernden Pogrome in Russland.

Die Überzeugung, dass nur die Rückkehr in das historische Heimatland imstande sein würde, das „jüdische Problem“ dauerhaft und grundlegend zu lösen.

Die erste Gruppe von 14 Personen ging am 6. Juli 1882 in Jaffa an Land, die zweite Gruppe mit 34 Personen kam zwei Jahre später. Zu dieser Gruppe gehörten auch vier Frauen. Ebenfalls ab 1882 begann der in Frankreich lebende Baron Edmond Rothschild^[2] in sechzehn Musterdörfern 12.000 Juden anzusiedeln, die sich selbstständig ernähren konnten^[3]. Besonders bekannt wur-

2 Baron Edmond de Rothschild, später wegen seiner zunächst anonym geleisteten Hilfe der „wohlbekannte Gönner“ genannt, investierte seit Beginn seiner Unterstützung für die Agrarkolonien in fünfzehn Jahren mehr als anderthalb Millionen Pfund Sterling im palästinensischen Siedlungswerk. Er stand den Siedlern bei, die sich bereits in den Kolonien niedergelassen hatten, erwarb aber auch weiteren Grund und half mehreren Bauern aus Russland, sich anzusiedeln. Der „Gönner“ entsandte einen Gartenbauspezialisten zur Unterweisung der Siedler in landwirtschaftlicher Arbeit, vor allem auch, um in den Kolonien den Weinbau einzuführen, und stellte überdies das notwendige Gerät und Saatgut zur Verfügung. Zugleich aber verlangte er von den Siedlern, dass sie den Beauftragten, die er mit der Verwaltung der Kolonien betraute, ohne Frage gehorchten. Arbeitsplanung und Leitung der Kolonien waren ausschließlich Sache dieser Männer, und die Siedler betrachteten sich als Angestellte, die Weisungen ausführten. Das Interesse am Erfolg der Feldarbeit und an guten Ernten schwand, da die meisten Bauern finanzielle Beihilfe entsprechend der Größe ihrer Familie erhielten. Die Verwalter besaßen keine Spur nationalen Engagements, verstanden die Einstellung der Siedler nicht und behandelten sie als Almosenempfänger. Die Siedler wurden nicht zu Pionieren einer großen nationalen Befreiungsbewegung, sondern zu Landarbeitern, abhängig vom willkürlichen Ermessen des Barons und seiner Verwalter. Es kam zu Auseinandersetzungen, ja zu offener Auflehnung. Dennoch hatte der Baron großen Anteil an der Zunahme der jüdischen Bevölkerung in Palästina.

3 Als die Einwanderung sich verstärkte, wurden die türkischen Behörden besorgt und verschärfte die Vorschriften für das Betreten des Landes. Im Mai 1882 wurde die Einwanderung völlig untersagt. Die Immigranten waren gezwungen, heimlich ins Land zu kommen, und mussten häufig Beamte bestechen.

den seine Weinfelder am Südwestabhang des Karmel, wozu er französische Rebsorten einführen ließ. Es gab zwei Haupteinwanderungswellen: 1882 bis 1884 und 1890 bis 1891. Neben 28 neuen landwirtschaftliche Siedlungen mit ca. 6.000 Personen wuchsen auch die städtischen Siedlungen an. So kamen je ca. 3.000 Neuwanderer nach Haifa und Jaffa und etwa 1.000 Einwanderer nach Jerusalem.

Das Hebräische wurde wieder zu einer im Alltag gesprochenen Sprache^[4] und die ersten hebräischen Grundschulen entstanden. Der Pioniergeist hatte sich jedoch erschöpft und war 1903 fast zum Erliegen gekommen. Am Ende der 1. Alija gab es ca. 40 000 jüdische Einwohner in Palästina.

Die zweite Alija fand von 1903 bis 1914 statt und brachte erneut 35.000 bis 40.000 Einwanderer, vor allem aus Russland und Polen, in das Land Palästina. Der erste Anstoß dazu waren die blutigen Ereignisse in Kischinew 1903. Weitere Pogrome in Russland im Jahre 1904 und 1905 sowie der Tod Theodor Herzls am 3. Juli 1904 führten dabei zu einem neuen Pioniergeist. Die Teilnehmer waren meist junge Männer und Frauen mit sozialistischen Ideen und dem Wunsch nach einer klassenlosen Gesellschaft und einer Religion der Arbeit. Sie ließen sich nicht nur von einer nationalen Ideologie leiten, sondern wünschten sich auch ein Gemeinwesen für Proletarier in Palästina. Sie hatten in der Regel bereits

4 Eliezer Ben-Jehuda (07.01.1858 - 16.12.1922) war Journalist und Autor des ersten modernen hebräischen Wörterbuchs. Er gilt als die wichtigste Kraft bei der Vervollständigung und Verbreitung des modernen Iwrit, vor allem als gesprochener Sprache. Damit hat er das Hebräische als Muttersprache wiederbelebt, welches seit etwa dem Jahre 200 n. Chr. fast nur noch als Sakralsprache im Torastudium verwendet worden war. Aufgewachsen bei seinem Onkel, vorgesehen für den Beruf des Rabbi, kam er in Jugendjahren in Kontakt mit freidenkerischen Bewegungen. Geprägt durch den Freiheitsgedanken, den auch der Russisch-Osmanische Krieg (1877/78) in ihm verstärkte, und seinem Aufenthalt in Paris, der Kontakt zu den Intellektuellen seiner Tage mit sich brachte, entwickelte er dort die Idee, Hebräisch nicht mehr darauf zu beschränken, religiöse Themen zu diskutieren, sondern es zu einer Alltagssprache und Muttersprache zu wandeln. Erstmals unter dem Pseudonym Eliezer Ben-Jehuda veröffentlichte er in der von Peretz Smolenskin herausgegebenen, für die Haskala sehr wichtigen hebräischen Zeitschrift Haschachar (dt. Die Morgenröte) einen Essay über seine politischen Vorstellungen. Hauptsächlich rief er darin zur Immigration nach Palästina auf. Ferner setzte er sich dafür ein, dort ein nationales und spirituelles Zentrum für die Juden aufzubauen. Auch erklärte er Hebräisch als gemeinsame Sprache zur Grundvoraussetzung für eine nationale Einheit des Judentums. In Paris traf er unter anderem auf einen jüdischen Journalisten, der ihm davon berichtete, dass er auf seinen Reisen durch Afrika und Asien mit den dortigen Juden Hebräisch gesprochen habe, die Sprache also keineswegs eine tote Sprache sei, was Ben-Jehuda in seinen Bemühungen motivierte. Zusammen mit seiner Frau wanderte er nach Jerusalem aus. Ben-Jehuda begann seine Forschung an der hebräischen Sprache und der Kreation neuer Wörter, um eine alltägliche Kommunikation zu ermöglichen. Die Zeit während des Ersten Weltkrieges verbrachte Ben-Jehuda mit seiner Familie in den Vereinigten Staaten (1915 bis 1919). Auch dort arbeitete er an seinem Wörterbuch. Zurückgekehrt nach Jerusalem gelang es ihm am 29. November 1922, Herbert Samuel, den Hochkommissar des britischen Mandats für Palästina, davon zu überzeugen, Hebräisch neben Arabisch und Englisch zur offiziellen Amtssprache zu erheben.

in ihren Heimatländern eine landwirtschaftliche Ausbildung erhalten. Von Einwanderern der zweiten Alija wurden die ersten Parteien der Arbeiterbewegung, die Poalei Tzion und die HaPoel HaZair, die Vorgängerorganisationen der Mapai, aufgebaut. Die Teilnehmer der zweiten Alija arbeiteten als Arbeiter in den Moschawot oder in den Städten. Sie gründeten 1909 den ersten Kibbuz Deganja, die erste jüdische Stadt der Neuzeit Tel Aviv und ebenfalls 1909 die militärische Organisation HaSchomer. Auch schufen sie die Basis für eine neue hebräische Presse und Literatur, was die Verbreitung der Sprache erheblich förderte, und für die Gewerkschaft Histadrut. Die Zweite Alija wurde durch den Ausbruch des Ersten Weltkrieges beendet.

Weitere Einwanderungswellen gab es in den Jahren 1919 bis 1923 und dann vor allem nach der Machtergreifung Hitlers ab 1933, wodurch die größte Zahl Neubürger in den Landstrich am Mittelmeer kam.

War die Einwanderung in den ersten kleineren Wellen für die lokale Bevölkerung noch relativ leicht zu „verkräften“, änderte sich die Lage spürbar als die Zahl der Immigranten permanent wuchs.

2. Es lebten Araber in Palästina

Im Jahre 1918 lebten nach Zählungen der britischen Militärregierung 573.000 Araber (davon ca. 10% Christen) und 66.000 Juden (ca. 10.3% der Gesamtbevölkerung) in Palästina. 1936 hatte sich das Verhältnis nach massiver Einwanderung aufgrund des Aufstiegs des Nationalsozialismus in Deutschland in folgender Weise verändert: 955.000 Araber (davon ca. 12% Christen) und 370.000 Juden (27% der Gesamtbevölkerung)^[5]. Selbst am Vorabend des ersten arabisch-israelischen Krieges konstituierte die jüdische Bevölkerung mit 600.000 Personen nur ein Drittel der Gesamtbevölkerung.

Weder unter mamlukischer noch unter osmanischer Herrschaft hatte es jemals einen Verwaltungsdistrikt „Palästina“ gegeben. Teile dieser Küstenregion gehörten zur Provinz Damaskus, andere zum Vilayet Tripoli oder Sidon und später Beirut. Im 19. Jahrhundert wurde Jerusalem ein unabhängiger Distrikt, der direkt Istanbul unterstellt war.

Erst die britische Militärverwaltung richtete am Ende des 1. Weltkrieges einen Verwaltungsdistrikt „Palästina“ ein, der ursprünglich auch Gebiete der Syrischen Wüste

5 Nach Einschätzung des ersten neuzeitlichen Zensus vom Oktober 1922 bestand die Bevölkerung Palästinas (ohne die britischen Garnisonen und die Beduinen des südlichen Distriktes) aus 757.182 Menschen, davon waren 590.890 Muslime, 83.794 Juden, 73.024 Christen und 7.028 Drusen.

östlich des Jordans mit einschloss. Mit der Abtrennung Transjordaniens 1921^[6] und der Verabschiedung des Mandatsstatus 1923^[7] für das Gebiet waren die Grenzen Palästinas festgelegt. Diese, wie alle anderen Mandatsgrenzen, wurden von den einheimischen Arabern als „künstlich“ bezeichnet, d.h. sie wurden von den Interessen von Außenmächten bestimmt ohne jede Rücksichtnahme auf die Wünsche der Bevölkerung oder der wirtschaftlichen, kulturellen und geographischen Gegebenheiten vor Ort.

Das Mandatssystem war ein politisches Konstrukt, das einen Kompromiss des von Präsident Wilson angeordneten „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ mit den imperialistischen Ambitionen der europäischen Mächte im Nahen Osten erwirken sollte. Prinzipiell wurde das Selbstbestimmungsrecht von allen Beteiligten anerkannt, seine Durchführung aber in eine unbestimmte Zukunft verschoben aufgrund der „mangelnden politischen Reife“ der betroffenen Völker.

Die Mandatsverträge verpflichteten die Mandatsmächte, die Bevölkerungen auf das notwendige Niveau „politischer Reife“ zu bringen, um sie in die Unabhängigkeit zu entlassen. Dieses Ziel erwähnt der Mandatsvertrag für Palästina nicht, sondern die Mandatsmacht verpflichtet sich in der Präambel des Vertrags die britische Unterstützung für die Errichtung einer „nationalen Heimstätte für das jüdische Volk in Palästina“, die in der im November 1917 veröffentlichte Balfour Deklaration

6 Im September 1922, noch vor Inkrafttreten des Völkerbundsmandats für Palästina, setzte die britische Regierung die Teilung des Landes in Palästina westlich des Jordans und Transjordanien östlich des Jordan durch. Dies geschah infolge einer Empfehlung des britischen Kolonialministers Winston Churchill. Im selben Jahr wurde, ebenfalls in Erfüllung der Mandatsanforderungen, die Jewish Agency for Palestine gegründet. Sie sollte die jüdische Einwanderung steuern, jüdische Interessen gegenüber dem Mandatar vertreten und den Aufbau paralleler Wirtschafts- und Verwaltungsstrukturen unterstützen. Die formelle Trennung vollzog sich am 25. März 1923, laut Artikel 25 des Mandats. Jüdische Einwanderer in das Mandatsgebiet durften sich nun nur noch westlich des Jordans niederlassen oder Grundbesitz erwerben. In Transjordanien wurde 1921 Abdallah ibn al-Hussain zum Emir ernannt, der die Dynastie der Haschimiten begründete.

7 Artikel 25 erlaubte es Großbritannien, die Mandatsgebiete „zwischen dem Jordan und der endgültig festgelegten Ostgrenze Palästinas“ von der Durchführung von wesentlichen Mandatsbestimmungen, wie denen zur Errichtung einer jüdischen nationalen Heimstätte, vorläufig auszunehmen. Damit wurde die Voraussetzung für die 1923 erfolgte Einsetzung des halbautonomen Emirats Transjordanien (des Vorläufers des heutigen Staates Jordanien) durch die Briten geschaffen, so dass der Raum für die Errichtung einer nationalen Heimstätte in Palästina auf das Gebiet westlich des Jordan (Cisjordanien) beschränkt wurde. Das Mandat dauerte vom Beginn der Zwanzigerjahre bis zur israelischen Unabhängigkeitserklärung am 14. Mai 1948. Der UN-Teilungsplan für Palästina von 1947, welcher die Aufteilung Palästinas in einen jüdischen und einen arabischen Staat sowie eine internationale Kontrolle über Jerusalem als Corpus separatum vorsah, wurde nicht verwirklicht. Das 1922 erteilte Mandat stellte in der Zusammenschau die völkerrechtliche Grundlage für die auf dem Mandatsgebiet entstandenen Staaten Israel und Jordanien dar, wenngleich eine vorgesehene Volksabstimmung nach Beendigung der Mandatszeit von Großbritannien nicht durchgeführt wurde, beziehungsweise ohne eine (nach Völkerbundsatzung Art. 22) Selbstregierung herzustellen. Auch ein Staat Palästina würde das Recht zur Nachfolge des Völkerbundsmandats beanspruchen.

zugesichert wurde, in die Tat umzusetzen.

Auf die Mehrheitsbevölkerung wird in der Präambel eingegangen, wo im Zusammenhang mit der Verpflichtung für die „nationale Heimstätte“ festgestellt wird, dass „nichts unternommen werden sollte, das die zivilen und religiösen Rechte von existierenden nicht-jüdischen Gemeinschaften beeinträchtigt“.

Die Förderung und der Schutz des zionistischen Projekts wurden durch die Übernahme der Balfour-Erklärung in den Mandatsvertrag der offizielle Grund für die Präsenz der Briten in Palästina. Dementsprechend war die Zusammenarbeit der Briten mit dem Jischuv bei der Errichtung von politischen, gesellschaftlichen und Sicherheitsinstitutionen meist eng, während die Mehrheitsbevölkerung der Araber als politische Entität oder zumindest Problem überhaupt nicht angesprochen war.

Während des 1. Weltkriegs hatte Großbritannien widersprüchliche Versprechungen gegeben, die kaum miteinander vereinbar waren. Dazu gehörten die Husain-McMahon Korrespondenz von 1915/1916, die arabische Unabhängigkeit versprach, dem Sykes-Picot Abkommen von 1916, das die Aufteilung des Gebiets zwischen Frankreich und Großbritannien festlegte sowie die Balfour-Erklärung von 1917, die den Juden die Schaffung einer „nationalen Heimstätte“ in Aussicht stellte.

Im Verlaufe der Mandats Herrschaft verfolgten die Briten oft einen scheinbar widersprüchlichen Kurs und noch lange nach dem Ende des Mandats beschuldigten sowohl die Palästinenser als auch die Zionisten die Briten, während ihrer Herrschaft jeweils die andere Seite unterstützt zu haben. Allerdings war die britische Politik in Palästina keineswegs wankelmütig oder einseitig. Sie verfolgte geradlinig ein Ziel: die britische Kontrolle über die Land- und Wasserverbindungen (Suez) zwischen Mittelmeer und Indischem Ozean - also den „imperial highway“ nach Indien – möglichst kostengünstig zu erhalten. Das ließ sich häufig am besten in Zusammenarbeit mit den Zionisten erreichen.

Zu gewissen Gelegenheiten war aber eher eine Unterstützung der arabischen Seite zur Durchsetzung der wirklichen Interessen Großbritanniens geboten. So wurde nach den arabischen Unruhen von 1920 das sogenannte „Churchill White Paper“^[8] veröffentlicht, in

8 Das »Churchill« White Paper von 1922 interpretiert die Balfour-Deklaration in einer Weise, die weniger günstig für die Zionisten ist. Diese Interpretation verwirft ausdrücklich, ohne allerdings den Autor zu nennen, einen Satz von Weizmann, der ihm einige Male »entschlüpft« war: »Palästina wird ebenso jüdisch werden wie England englisch ist.« Die britische Regierung präzisiert, dass es nicht die Aufgabe sein könne, »Palästina in eine jüdische nationale Heimstatt wieder umzuwandeln, sondern darum, eine solche Heimstatt in Palästina zu gründen«. Diese Heimstatt wird von ihr als einfache Entwicklung des bestehenden jüdischen Gemeinwesens beschrieben, das unter internationalem Schutz

dem zum ersten Mal der Umfang jüdischer Einwanderung von den „Kapazitäten“ des Landes abhängig gemacht wurde.

Nach den arabischen Unruhen 1929 wurde ein Jahr später von der britischen Regierung das sogenannte „Passfield-White-Paper“ veröffentlicht, in dem eine Begrenzung jüdischer Einwanderung und zionistischen Landkaufs empfohlen wurde. Allerdings wurde dieses White Paper auf jüdischen Protest hin in einem Brief der britischen Regierung an Chaim Weizmann (von den Arabern als „Black Letter“ bezeichnet) wieder zurückgenommen.

Die dramatisch zunehmende Auswanderung aus dem nationalsozialistischen Deutschland nach Palästina führte in den 1930er Jahren zu neuen Unruhen. Nach dem Beginn des arabischen Boykotts 1936 veröffentlichte die Peel Commission ihren Bericht im Juli 1937. In diesem Bericht wurde zum ersten Mal von einer Teilung des Landes in einen jüdischen und arabischen Staat gesprochen. Nach heftigen Diskussionen nahm der zionistische Weltkongress den Teilungsvorschlag an. Die palästinensischen Araber lehnten ihn - genauso wie davor das ganze Konzept des Mandates - sofort ab. Dies führte zu weiterer Gewalttätigkeit⁹, Verhaftung verschiedener

steht dergestalt, dass sein Bestehen gesichert ist »auf der Basis des Rechts und nicht der Toleranz«. Das Dokument legt außerdem fest, dass der zionistische Exekutivrat keine Rolle bei der Verwaltung des Landes spiele. Die jüdische Einwanderung wird zukünftig dem Kriterium der »ökonomischen Absorptionskraft des Landes« unterworfen. Schließlich erwähnt das Weißbuch eine Bestimmung, die im Art. 69 des Palestine Order in Council wieder aufgenommen werden wird: die Deportation »politisch unerwünschter« Personen.

9 Bereits 1921 und 1929 war es im Mandatsgebiet Palästina zu gewalttätigen Ausschreitungen von arabischer Seite gekommen. Grund für die Ausschreitungen war der arabisch-jüdische Gegensatz und die Weigerung der britischen Regierung, das Mandatsgebiet als arabischen Staat in die Unabhängigkeit zu entlassen. In den ersten Monaten des Jahres 1936 kam es wiederholt zu Gewalttätigkeiten von arabischer Seite gegen britische und jüdische Einrichtungen. Am 19. April 1936 erreichte die Gewalt in Jaffa einen ersten Höhepunkt. Dort töteten Araber sechzehn jüdische Hafendarbeiter. Anlass für die Übergriffe war das Gerücht, wonach Juden eine Frau und drei syrische Arbeiter ermordet hätten. Die britische Polizei griff ein und erschoss sechs Araber. Im weiteren Verlauf griffen kleine Gruppen bewaffneter Araber im ganzen Land jüdische Verkehrskonvois und Passanten an. Mohammed Amin al-Husseini versuchte sich am 25. April mit der Gründung des Arabischen Hochkomitees an die Spitze der Bewegung zu stellen. Das Komitee unter seinem Vorsitz leitete am 15. Mai einen Generalstreik ein. Husseini ließ den Generalstreik im Oktober nach 173 Tagen einstellen, offiziell auf Bitten der arabischen Monarchen Ägyptens, Transjordaniens und des Irak. Ein gewichtiger Grund zur Niederlegung des Streiks war die anstehende Zitrusfruchternte, welche für die städtischen Notablen eine Haupteinnahmequelle darstellte. Bis zum Oktober 1936 kostete die Revolte 28 Briten, 80 Juden und rund 200 Araber das Leben. Die britische Regierung versuchte durch die Einsetzung der Peel-Kommission Ruhe zu schaffen. Als die Peel-Kommission jedoch in ihrem Abschlussbericht eine Teilung des Mandatsgebietes in einen jüdischen und einen arabischen Teil in Aussicht stellte, erneuerte Husseini die Revolte im September 1937. Während der Kampagne wurden rund 25.000 zusätzliche Polizei- und Militärkräfte nach Palästina versetzt.

Es kam wiederum zu guerillaartigen Angriffen auf jüdische sowie britische Ziele, darunter viele Zivilisten. Die jüdischen Paramilitärs der Irgun

palästinensischer Führer und der Flucht des Großmuftis Hajj Amin al-Husaini.

Nach drei Jahren palästinensischer Unruhen und am Vorabend des 2. Weltkriegs veröffentlichte die britische Regierung 1939 erneut ein White Paper. Darin wurde bestimmt, dass in 10 Jahren ein unabhängiger Staat Palästina errichtet würde, in dem Araber und Juden gleichermaßen vertreten und an Regierung und Verwaltung beteiligt sein würden. Die Einwanderung sollte auf 75.000 Juden während der nächsten 5 Jahre begrenzt sein. Illegale Einwanderer würden davon abgezogen. Landverkäufe an Zionisten sollten beschränkt werden. Die jüdische wie arabische Seite lehnten das White Paper ab.

Der Mandatsmacht gelang es nicht, eine Lösung in der Palästinafrage zu erreichen. Großbritannien ging aus dem 2. Weltkrieg geschwächt hervor, und als Indien 1947 seine Unabhängigkeit und der „Imperial Highway“ seine Funktion verloren hatte, gab die britische Regierung ihr Mandat an die neu gegründete UNO zurück. Die arabische Bevölkerung des neu konstituierten Mandats Palästina befand sich von Anfang an in einer schwierigen politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Situation. Der vierhundertjährige politische Bezugsrahmen, durch das Osmanische Reich und den Sultan gegeben, war weggebrochen. Ein gerade entstehender, sich selbst noch definierender, politischer arabischer Nationalismus forderte die Freiheit und Unabhängigkeit aller Araber und verweigerte die Aufteilung des Territoriums durch die Europäer anzuerkennen. Traditionellerweise hatten Teile der Bevölkerung der nun Palästina genannten Region sich politisch nach Damaskus ausgerichtet (das heutige Westjordanland bis nach Jaffa und das östliche Galiläa) andere mussten sich mit dem Gouverneur von Tripoli, Sidon oder Akko auseinandersetzen. Jerusalem war bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts eine irrelevante Kleinstadt (ca. 10.000 Einwohner) geblieben. Die Konstruktion einer politischen und territorialen Einheit Palästinas hatte keinerlei historische Vorbilder, auf die man sich hätte berufen können. Die Frage nach nationaler Identität (Araber oder Palästinenser) und politischer Loyalität (Damaskus oder das neuerdings zur Hauptstadt Palästinas erhobene Jerusalem) war daher völlig offen und führte zu vielen Spaltungen.

Die politische Zerissenheit wurde darüberhinaus von

antworteten mit Bombenanschlägen als Vergeltungsmaßnahme. Ebenso führte die Hagana militärische Operationen als Vergeltung gegen arabische Dörfer und Stadtteile durch, in denen sie eine Basis der arabischen Guerilla vermutete. Im Frühjahr 1938 erreichte die Rebellion mit rund 15.000 bewaffneten Aufständischen, davon rund 10 % als Vollzeitkämpfer, ihren Höhepunkt. Der maximale militärische Erfolg der Rebellion war, die Altstadt Jerusalems kurzzeitig zu besetzen.

einer Vielzahl alter und neuer Weltanschauungen und Ideologien geprägt. Neben traditionellen, religiös legitimierten patriarchalischen Herrschaftsmodellen entstand ein politischer Islam; der Panarabismus bestand neben einem arabischen, territorialen Nationalismus; Sozialismus, Säkularismus, Fortschrittsglaube, Forderungen nach politischer Partizipation und Demokratie bestanden nebeneinander und gegeneinander. Diese Zersplitterung stand im scharfen Gegensatz zu der relativen, politischen Homogenität des jüdischen Jischuv.

Eine Gruppe der neuerdings Palästinenser genannten Araber konnte sich durchaus gut mit den Gegebenheiten des Mandats abfinden: die Notabeln in Jerusalem, die nun von der Elite einer geringfügigen Stadt im Begriff waren zur Elite eines ganzen Landes aufzusteigen. Das politische Verhältnis der arabischen Bevölkerung zur britischen Mandatsregierung blieb trotzdem weiterhin höchst problematisch. Im Mandatsvertrag waren nur die Zionisten als politische Gemeinschaft erwähnt worden, im übrigen war von einer „nicht-jüdischen Bevölkerung“ die Rede, deren Rechte nicht beschnitten werden sollten, für die aber auch kein politischer Plan existierte. Praktisch sah sich die Mandatsregierung als höchste Instanz über den beiden Gemeinwesen, dem jüdischen Jischuv und der arabischen Bevölkerung und förderte den Gedanken, dass die zwei Gemeinwesen unter neutraler, britischer Aufsicht und Leitung ihre eigenen Erziehungssysteme, Sicherheitsdienste, Krankenversicherungen, Gewerkschaften und Wirtschaft aufbauen würden. Der jüdische Jischuv bediente sich mit Enthusiasmus der Empfehlungen der Mandatsregierung und der Kooperation mit ihr, um alle Funktionen einer vorstaatlichen Gesellschaft auszubauen.

Die palästinensische Seite befürchtete, dass eine derartige institutionelle Kooperation die Anerkennung der Legitimität des britischen Mandats über Palästina und damit implizit die Anerkennung der Ansprüche der Zionisten und der Balfour Deklaration bedeuten würde. So beraubte nicht nur die oben erwähnte innere Zersplitterung der Gesellschaft, sondern auch die prinzipielle Ablehnung der Kooperation die Palästinenser der Möglichkeit, ihr eigenes nationales Gemeinwesen systematisch aufzubauen und zu organisieren. Trotzdem existierte gleichzeitig eine tatsächliche Kollaboration zwischen den Briten und traditionellen Notabeln und Elitefamilien, die sich davon für sich selbst Vorteile versprachen, häufig aber eher von den Briten zum eigenen Interesse manipuliert wurden.

3. Terror vor der Staatsgründung

Die Hagana (hebr.: ha-hagana „Die Verteidigung“) war

eine zionistische paramilitärische Untergrundorganisation in Palästina während des britischen Mandats (1920–1948). Unmittelbar nach der Gründung des Staates Israel wurde die Hagana in die israelischen Streitkräfte überführt.

Anlass zur Gründung der Organisation gab ein in Folge einer muslimischen Prozession von palästinensischen Arabern durchgeführtes Judenpogrom in Jerusalem im April 1920. Dabei kamen sechs Juden zu Tode. Rund zweihundert wurden verletzt. Die Führung der Jewish Agency wollte sich bei der Verteidigung der Siedlungen nicht länger auf die britischen Kolonialtruppen verlassen. HaShomer reichte nicht mehr aus, weshalb man sie im Juni 1920 auflöste und die zentralisiertere Hagana gründete. Ihr erster Oberbefehlshaber wurde mit Yosef Hecht ein 28-jähriger Veteran des britischen Jewish Bataillon. Hecht war allerdings nur nominell der Ranghöchste, da er nach sowjetischem Organisationsvorbild von einem Rat mit fünf Vollmitgliedern und zwei Kandidaten abhängig war. Die Hagana selbst wurde als Miliz geführt, die einen hohen Anteil der wehrfähigen jüdischen Bevölkerung erfasste. Da nur mit kleinen Einheiten geübt werden konnte, kam die Ausbildung über einen Truppführerlehrgang allerdings nicht hinaus. Während der 1920er Jahre standen nicht mehr als ein Dutzend Berufssoldaten im Dienst der Organisation, von denen sich viele ebenso als politische Aktivisten beschäftigten. Da der Waffenbesitz unter der Mandatsverwaltung illegal war, wurden Schusswaffen und Munition meist über das französisch kontrollierte Syrien ins Land geschmuggelt.

Infolge des Massakers von Hebron und weiterer Unruhen des Jahres 1929, die zu 133 Toten auf jüdischer Seite führten, änderte sich die Rolle der Hagana dramatisch. Sie wurde zu einer wesentlich größeren Organisation und umfasste beinahe alle Jugendlichen und Erwachsenen in den ländlichen Siedlungen und hatte tausende Mitglieder in den Städten. Sie begann, ausländische Waffen zu besorgen und einfaches militärisches Gerät sowie Handgranaten herzustellen. Gleichzeitig wandelte sie sich von einer untrainierten Miliz zu einer ernstzunehmenden paramilitärischen Vereinigung.

1936 bestand die Hagana aus ca. 10.000 aktiven und ungefähr 40.000 einsatzbereiten Kämpfern.

Aus Unzufriedenheit mit der insgesamt eher moderaten Haltung der Hagana spalteten sich 1931 die meisten Mitglieder des rechten Flügels ab und bildeten die Irgun.

Im besetzten West-Deutschland unterhielt die Hagana nach 1945 zwei illegale Militärschulen u. a. im „Hochland“-Lager bei Königsdorf (Bayern) – wo wenige Monate zuvor noch die Hitlerjugend militärisch ausgebildet worden war – und in Wildbad (Mittelfranken).

Die Irgun (Tzwa'i Le'umi) war eine von 1931 bis 1948 bestehende terroristische zionistische Untergrundorganisation in Palästina vor der israelischen Staatsgründung. Die Gruppe führte Anschläge gegen die britische Mandatsmacht und gegen die Araber durch. Die Irgun spaltete sich 1931 unter der Führung von Avraham Tehomi von der Hagana ab, bestand bis 1948 und führte ihren Kampf vor allem gegen die Mandatsmacht, im israelischen Unabhängigkeitskrieg zunehmend auch gegen die Araber aus. Ideologisch waren die Untergrundaktivitäten stark von Jabotinskys Betar-Jugend geprägt, die damals den italienischen Faschisten nahe stand und sich heute selbst als „die Wiege des Likud“ bezeichnet. Tehomi kehrte 1936 während des Großen Arabischen Aufstands gemeinsam mit anderen gemäßigten Kommandeuren zur Hagana zurück, um die Kräfte zu bündeln. Diese Spaltung führte zu einer weiteren Radikalisierung der Irgun, die vor allem in der Zeit zwischen 1937 und 1939 unter der militärischen Führung von Mosche Rosenberg (1937–1938) und Wladimir Jabotinsky (ab 1938) verstärkt durch Bombenanschläge auf Cafés, Marktplätze und britische Polizeistationen von sich Reden machte.

Nach dem Tod von Jabotinsky im Jahr 1940 spaltete sich der Irgun. Sein Nachfolger David Raziel schloss ein Abkommen mit der britischen Polizei unter Allen Saunders und arbeitete mit den Briten zusammen. Unter Raziels Anhängern waren Yitzhak Berman und Menachem Begin. Die andere Fraktion unter Avraham Stern sah weiterhin in den Briten den Hauptfeind und strebte eine Zusammenarbeit mit Nazi-Deutschland an. Diese Gruppe spaltete sich schließlich 1942 ab und gründete die Lechi.

Im Dezember 1943 übernahm Menachem Begin die Leitung des Irgun und nahm ab Anfang 1944 den Kampf gegen die Briten wieder auf. Er erklärte dabei öffentlich Großbritannien den Krieg. Unter der Führung von Menachem Begin verübte die Irgun im Juli 1946 den Anschlag auf das King David Hotel in Jerusalem, das vorwiegend Offiziere der britischen Mandatsmacht mit ihren Familien bis dahin bewohnt hatten. Dem Anschlag fielen 91 Menschen zum Opfer und führte zum endgültigen Bruch mit der Hagana. Die Hagana initiierte infolgedessen eine Serie von Operationen gegen IZL und Lechi. Winston Churchill und große Teile der britischen politischen Elite wandten sich durch die Terroranschläge der beiden Organisationen von der Unterstützung des Zionismus ab.

Die Irgun verübte gemeinsam mit dem Lechi das Massaker von Deir Yasin am 9. April 1948, bei dem über einhundert Araber, darunter viele Zivilisten, getötet wurden.

Die Irgun strebte die Gründung eines jüdischen Staates in den Grenzen des Britischen Mandatsgebietes von

Palästina an, gemäß dem Plan der Balfour-Deklaration von 1917. Die Einwanderung von Juden nach Palästina wurde in der Folge von den Briten stark limitiert - insbesondere auch während der Zeit des Dritten Reiches und des Holocausts wurden jüdische Flüchtlinge abgewiesen und zurück nach Europa, in ihren sicheren Tod, geschickt. Die Irgun sah so allein im bewaffneten Kampf gegen die britischen Besatzer die Chance, das Ziel eines jüdischen Staates doch noch zu erreichen.

Lechi (hebräisches Akronym für Lochamei Cherut Jisrael, „Kämpfer für die Freiheit Israels“) war eine radikalzionistische, paramilitärische Untergrundorganisation in Palästina während des britischen Mandats. Die Briten bezeichneten sie nach ihrem Gründer Avraham Stern als Stern Gang, was oft als Stern-Gruppe ins Deutsche übersetzt wurde. Lechi führte terroristische Anschläge durch, die sich gegen die britische Mandats Herrschaft über Palästina richteten.

Lechi wurden von Stern 1940 als Abspaltung von der Irgun gegründet, als diese unter der Führung von David Raziel nach dem Tod von Wladimir Jabotinsky im Jahr 1940 ein Abkommen mit der britischen Polizei geschlossen hatte. Stern und seine Anhänger hingegen betrachteten die Briten als Hauptfeind und schlossen sogar eine Zusammenarbeit mit NS-Deutschland nicht aus. Grund war das britische Weißbuch von 1939, das unter anderem eine geringere jüdische Zuwanderung vorsah. Avraham Stern wollte einen jüdischen Staat in einer Art Monarchie („Malkhut Israel“) verwirklicht sehen. Er war der Meinung, dass die Briten das Land nicht freiwillig verlassen würden. Deshalb lehnte er den vom Irgun eingegangenen Waffenstillstand ab, insbesondere auch weil die Briten nichts als Gegenleistung anbieten wollten.

Als Ende 1940 mit Großbritannien nur noch ein einziger europäischer Staat gegen das nationalsozialistische Deutschland Widerstand leistete und der Ausgang des Krieges mehr als ungewiss schien, suchte die Lechi in ihrem Kampf gegen die Mandatsmacht Unterstützung ausgerechnet bei Nazi-Deutschland. Anfang 1941 traf Naftali Lubentschik im von Vichy-Frankreich kontrollierten Beirut mit dem deutschen Geheimdienstler Alfred Roser und dem Diplomaten Werner Otto von Hentig zusammen und händigte ein Memorandum aus. Lechi regte darin an, dass ein von den Nationalsozialisten beabsichtigtes „Neues Europa“ ohne Juden nur errichtet werden könne, wenn man die Juden nach Palästina bringe und dort einen zionistischen Staat errichten lasse, der mit dem Deutschen Reich vertraglich verbunden und verbündet sein sollte. Die deutschen Unterhändler lehnten das Ansinnen jedoch ab und unterstützten stattdessen das Unabhängigkeitsbestreben der Araber und den Großmufti von Jerusalem Mohammed Amin

al-Husseini.

Am 12. Februar 1942 wurde Stern durch die britische Polizei in seiner Wohnung erschossen.

4. Die Nakba

Der Palästina-Krieg, auch Erster Arabisch-Israelischer Krieg oder Israelischer Unabhängigkeitskrieg oder im arabischen Sprachgebrauch Die Katastrophe (an-Nakba) genannt, wurde von den arabischen Staaten Königreich Ägypten, Syrien, Libanon, Transjordanien und Königreich Irak sowie palästinensisch-arabischen Milizen auf der einen und Israel beziehungsweise der Hagana auf der anderen Seite ausgetragen.

Er begann ohne formale Kriegserklärung nach der Verabschiedung des UN-Teilungsplans für das Völkerbundmandat für Palästina am 30. November 1947 mit ersten Kampfhandlungen zwischen jüdischen und arabischen Milizen. Nach der Unabhängigkeitserklärung des Staates Israel am 14. Mai 1948 wurde dieser auch von den regulären Armeeeinheiten einer Allianz arabischer Staaten, die den UN-Teilungsplan für Palästina nicht akzeptierten, am 15. Mai kurz nach 0 Uhr angegriffen. Offizielles Ziel der arabischen Allianz war die Beseitigung des entstehenden jüdischen Staates Israel.

Der Krieg endete mit separaten Waffenstillstandsabkommen der staatlichen Kriegsparteien im Jahre 1949. Die jüdische Nationalbewegung konnte ihren Staat erfolgreich etablieren und ihr Territorium sogar noch erweitern. Die palästinensisch-arabische Gesellschaft brach angesichts der Niederlage zusammen. Rund 750.000 Palästinenser flüchteten oder wurden vertrieben. In den arabischen Staaten führte die Niederlage zur Schwächung der herrschenden Regime, was sich mittelbar in Putschen und Revolutionen äußerte.

Einen Tag nach der Proklamation des UN-Teilungsplans für Palästina in der Resolution 181 vom 29. November 1947 begann der zionistisch-arabische Bürgerkrieg. Die israelische Seite hatte dem Teilungsplan zugestimmt. Die palästinensischen Araber sowie die arabischen Staaten wandten sich jedoch gegen die jüdische Staatsgründung und hatten bereits im Vorfeld des Konflikts mit Krieg gedroht.

Auf der arabischen Seite stand die Armee des heiligen Krieges, die innerhalb der palästinensischen Bevölkerung unter der Federführung des Großmuftis al-Husseini von einem seiner Verwandten aufgestellt worden war. Sie umfasste mehrere tausend Mann, wurde aber erst nach Ausbruch der Feindseligkeiten aufgestellt. Aus der Vorkriegszeit verfügte der Mufti noch über eine Miliz, die Futuwa. Der Mufti schaffte es, sie mit der konkurrierenden Miliz, der Najada, kurz vor Ausbruch des Krieges zu vereinigen. Beide Organisationen kamen zusammen

auf 11.000–12.000 Mitglieder. Rund ein Zehntel davon hatte in den Polizeieinheiten der Mandatsverwaltung gedient und verfügte somit über begrenzte militärische Erfahrung. Den palästinensischen Paramilitärs fehlte jedoch eine zentrale Führung. Auch formierten sich viele Milizeinheiten erst nach Kriegsausbruch mehr oder weniger spontan in den arabischen Siedlungen. Über den Grad ihrer Bewaffnung ist aufgrund des Mangels einer zentralen Erfassung, Registrierung und Führung wenig bekannt. Sie speiste sich vor allem aus dem privaten Waffenbesitz der Palästinenser.

In diese Etappe des Krieges, die noch ohne die offizielle Intervention einer regulären arabischen Armee verlief, fiel die Aufrüstung der jüdischen Paramilitärs. Die Hagana konnte aufgrund großer Mängel allerdings nur jedes dritte Mitglied bewaffnen. Die anderen paramilitärischen Verbände waren sogar noch schlechter mit Waffen ausgerüstet.

Aufgrund mangelnder Kooperation und Organisation der arabischen Milizen fiel es der Hagana relativ leicht, den neuerlichen Aufstand der Palästinenser niederzuschlagen. Bis zum April 1948 blieb die Hagana vornehmlich defensiv und beschränkte sich auf Vergeltungsaktionen gegen Siedlungen, aus denen Guerillaangriffe durchgeführt wurden. Nach der erfolgreichen Aufrüstung der Hagana begann mit der Operation Nachschon die planmäßige Offensive gegen die arabischen Guerillakämpfer. Ziel war das Freikämpfen einer Route in das von arabischen Verbänden besetzte Jerusalem, was am 4. April gelang.

In Folge des Zusammenbruchs der bewaffneten palästinensischen Kräfte konnten jüdische Truppen weite Teile des Landes unter ihre Kontrolle bringen; die ersten Palästinenser flohen aus ihren Wohnorten. Die Hagana konnte zwar die arabischen Paramilitärs nicht komplett aufreiben, jedoch mit Haifa und Jaffa die zwei wichtigsten urbanen Zentren der palästinensischen Araber erobern. Während des Bürgerkriegs wurden von beiden Seiten keine Gefangenen gemacht, da keine Mittel für die Bewachung bereitstanden. Auf beiden Seiten kam es zu Übergriffen und mitunter gezielter Tötung von Zivilisten. Das von Kämpfern der Irgun und Lechi begangene Massaker von Deir Yasin^[10] trug zur Panik und

10 Jüdische Kampfverbände starteten am 5. April die Operation Nachschon, die die arabische Blockade Jerusalems beenden sollte, um Nahrung zu den in der Stadt eingeschlossenen Juden transportieren zu können. Deir Yasin war aufgrund seiner Nähe zu Jerusalem und seiner erhöhten Lage ein strategisch günstiger Ort, dessen Einnahme jedoch keine hohe Priorität während der Operation besaß. Der Angriff wurde auch nicht von der zu dieser Zeit bereits wie eine reguläre Armee funktionierenden Hagana, sondern von etwa 100-130 militärisch ungeschulten und schlecht ausgerüsteten Kämpfern der Untergrundorganisationen Irgun und Lechi durchgeführt, die keinerlei Erfahrung mit der planmäßigen Einnahme eines Dorfes hatten. Der Kommandierende Hagana-Offizier von Jerusalem, David Shaltiel, hatte dem Einsatz mit der Bedingung zugestimmt, dass das Dorf danach besetzt werden müsse, um es nicht zu einem Rückzugsort für arabische Kampfverbände werden zu lassen. Man hatte gehofft, die Zivilisten würden flüchten, wenn man vorab War-

Flucht der palästinensischen Bevölkerung bei.

Am 14. Mai 1948 erklärte David Ben Gurion die Unabhängigkeit Israels, als das britische Mandat offiziell endete. Die USA erkannten den neuen Staat noch am selben Tag an. Die Sowjetunion folgte am 17. Mai. Die arabischen Staaten hatten sich bereits am 30. April bei einem Gipfeltreffen der Staatschefs darauf geeinigt, im Falle des britischen Rückzugs mit regulären Kräften in den Krieg einzugreifen.

Jordanien verfügte mit der Arabischen Legion unter dem Befehl von Glubb Pascha über eine nach britischen Standards aufgebautes Militär mit rund 9000 Soldaten, denen noch 1200 irreguläre Hilfskräfte zur Seite standen. Nachdem sich am 13. Mai 1948 Truppen der Arabischen Legion an einem Massaker in der jüdischen Siedlung Kfar Etzion auf dem Weg von Jerusalem nach Hebron beteiligt hatten, wobei 129 Menschen erschossen wurden und insgesamt 157 Menschen starben, rückten am 15. Mai die Hauptelemente der Legion über die Allenby-Brücke in Palästina ein. Der König war selbst persönlich anwesend. Tage zuvor waren bereits kleinere Einheiten auf palästinensisches Territorium eingesickert. Das initiale Ziel Abdullahs war nicht die Zerstörung des neuentstandenen jüdischen Staates, sondern die Besetzung eines möglichst großen Teils der nach der Teilungsresolution den Palästinensern zustehenden Gebiete. Jerusalem sollte dabei nicht angegriffen werden. Am 17. Mai änderte Abdullah seine Meinung und befahl auf Drängen von arabischen Notablen Jerusalems den Angriff auf den jüdischen Teil der Stadt. Der Legion gelang es, in Häuserkämpfen die Altstadt inklusive des alten jüdischen Viertels zu erobern. Darüber hinaus übernahmen Truppen der Legion die Stellungen um Latrun von Einheiten der Arabischen Befreiungsarmee. Von Latrun aus konnten sie die Straße von Tel Aviv nach Jerusalem kontrollieren. Das israelische Westjerusalem war infolgedessen abgeschnitten. Bis zum 9. Juni versuchten israelische Truppen dreimal die Stellungen zu erobern. Die Angriffe wurden von Ben Gurion gegen den Willen des örtlichen Befehlshabers Jigael Jadin

nungen per Lautsprecher verkünden würde. Ob diese die Menschen in Deir Yasin überhaupt erreichten, ist umstritten. Jedenfalls blieben viele Einwohner in ihren Häusern und der offen gelassene Fluchtkorridor wurde nur von rund 200 der 600 Dorfbewohner genutzt. Arabische Kämpfer und bewaffnete Einwohner verschanzten sich in Häusern und feuerten von dort aus auf die Angreifer. Diese gingen daraufhin von Haus zu Haus und warfen Granaten durch die Fenster, da sie den Nahkampf in den verwinkelten Häusern scheuten. Insbesondere diese Vorgehensweise führte zu der extrem hohen Zahl an toten Zivilisten. Die Eroberung Deir Yasins dauerte mehrere Stunden. Die Aktion wurde vom späteren israelischen Premierminister und Friedensnobelpreisträger Menachem Begin kommandiert. Die Anzahl der Opfer konnte nicht genau ermittelt werden. Israelische wie palästinensische Historiker gehen heute von 100-120 toten Arabern aus, von denen etwa 10 sicher als bewaffnete Kämpfer bezeichnet werden können. Infolge des Massakers und aus weiteren Gründen waren bis zum eigentlichen Beginn des Palästina-Krieges am 14. Mai 1948 – also binnen 35 Tagen – bereits zwischen 250.000 und 300.000 arabische Palästinenser geflohen oder wurden vertrieben.

befohlen, da er den baldigen Fall Westjerusalems befürchtete. Die arabische Legion konnte die Stellungen um Latrun aber halten. Am 10. Juni wurde die Burma Road^[11] fertiggestellt. Pioniereinheiten hatten durch israelisch kontrolliertes Territorium eine Ausweichstraße nach Jerusalem inklusive einer eigenen Wasserpipeline fertiggestellt. Damit konnten die Israelis die zivile wie militärische Versorgung Westjerusalems wiederherstellen. Die restliche Zeit des Krieges blieben die jordanischen Einheiten strikt defensiv.

Bereits vor Kriegsausbruch waren irakische Militäreinheiten auf dem Gebiet von Transjordanien stationiert. Am 15. Mai setzte eine Brigade mit einem Panzerbataillon unabhängig von der Arabischen Legion über den Jordan; sie griffen erfolglos den Kibbuz Gescher an und setzten dann wieder auf jordanisches Territorium über, um sich neu zu formieren. Kurz darauf übernahm die Brigade die Kontrolle über das arabisch bewohnte Dreieck zwischen Tulkarm, Nablus und Dschenin. Dieses Gebiet war vorher nur von einigen wenigen Einheiten der Arabischen Befreiungsarmee behauptet worden. Es war strategisch wichtig, denn es war das ideale Sprungbrett, um zum Mittelmeer vorzustoßen und somit den Staat Israel in zwei Teile zu trennen. Die irakischen Truppen wurden laufend verstärkt, so dass sie auf ihrem Höhe-

11 Die Burma Road ist eine Behelfsstraße zwischen Tel Aviv und Jerusalem, die während des Israelischen Unabhängigkeitskriegs von Juden angelegt wurde, um Latrun und den Bab el Wad zu umgehen und den belagerten jüdischen Teil Jerusalems mit Versorgungskonvois zu erreichen. Ihren Namen erhielt sie in Anlehnung an die Burmastraße. Von Latrun durch das Bab el Wad bis Castel führt die Straße nach Jerusalem durch ein enges Tal steil bergauf. Jüdische Konvois wurden von den umliegenden Berghängen beschossen und häufig total aufgerieben. Auch die jüdischen Versuche, die Konvois mit Sandwich-Panzerwagen sicherer zu machen, brachten keinen Erfolg. Innerhalb von vier Monaten waren ca. 1200 Todesopfer zu beklagen. Auch die Eroberung von Castel im Zuge der Operation Nachschon im April 1948 konnte den Bab el Wad nicht dauerhaft für jüdische Versorgungskonvois öffnen. Daher wurde der Bau einer 26 km langen Behelfsstraße weiter südlich beschlossen. Gruppen junger Juden aus Jerusalem arbeiteten heimlich mit Handwerkzeugen in unwegsamem Gelände. Da die Straße teilweise in Reichweite arabischer Granatwerfer verlief, wurden vielfach nachts gearbeitet. Mit verschiedenen Taktiken wurde die Aufmerksamkeit der Araber abgelenkt. Im ersten Bauabschnitt konnte die Behelfsstraße bis auf eine gut 4 km lange Lücke fertiggestellt werden, deren Überbrückung wegen zu starker Steigungen und zu lockerem Untergrund zunächst nicht möglich war. Übergangsweise wurden die Versorgungsgüter von hunderten Helfern bei Nacht zu Fuß durch diese Lücke getragen. Da die Straße als Naturpiste bestand, war absehbar, dass sie mit Einsetzen des winterlichen Regens nicht mehr nutzbar wäre. In einem zweiten Bauabschnitt, an dem sich auch Freiwillige, orthodoxe Juden und freundlich gesinnte Araber aus Abu Gosch beteiligten, wurde sie deshalb auf 5 m Breite ausgebaut und gepflastert. Dabei wurde auch die Lücke in der Trasse geschlossen. Die Steigung wurde durch eine Serpentinstraße überwunden, der Untergrund wurde mit herbeigebrachtem Gestein und Gitterrosten verfestigt. Zum Schutz dieser wichtigen Lebensader für Jerusalem vor arabischen Übergriffen wurden mehrere, zum Teil bereits verlassene arabische Dörfer in der näheren Umgebung von der Hagana eingenommen und feindselig eingestellte arabische Bevölkerung vertrieben. Nach einer Bauzeit von nur acht Wochen war die Straße durchgängig befahrbar. Parallel zur Burma Road, die der Versorgung des jüdischen Jerusalems mit lebenswichtigen Gütern dienen sollte, wurde eine Fernleitung zur Trinkwasserversorgung gebaut.

punkt rund 15.000 bis 18.000 Mann umfassten. Ein israelischer Angriff der Golani- sowie Carmelbrigade auf Dschenin scheiterte nach schweren Kämpfen am 28. Mai. Daraufhin blieben die irakischen Truppen passiv, da keine weiteren Befehle aus Bagdad eintrafen.

Die ägyptische Regierung sandte eine rund 10.000 Mann starke Expeditionstreitkraft in die Kämpfe um Palästina. Es gelang den ägyptischen Truppen sogar, einen Korridor als Verbindung zu den Truppen südlich von Jerusalem herzustellen. Der Vormarsch wurde schließlich nördlich von Aschdod an einer gesprengten Brücke aufgehalten.

Syrien hatte schon vor dem offiziellen Ausbruch des Krieges die Arabische Befreiungsarmee mit Soldaten und Kriegsmaterial unterstützt. Am 14. Mai rückten die ersten syrischen Truppen südlich des See Genezareth in das ehemalige Mandatsgebiet ein. Der initiale Plan war eine begrenzte Offensive, um einen möglichst großen Teil Galiläas zu besetzen und abzutrennen. Die Syrer waren aber wenig erfolgreich.

Durch UN Initiative kam es zu einer Waffenruhe.

Die israelische Armee nutzte die auf vier Wochen anbebaute Waffenruhe, um ihre Streitmacht zu verstärken. Vom 14. Mai bis zum 9. Juni stieg die Zahl der aktiven Soldaten von 35.000 auf 65.000 an. Darunter befanden sich zahlreiche Veteranen aus dem Zweiten Weltkrieg, vor allem aus den USA, der Tschechoslowakei, Großbritannien und Kanada. Außerdem gelang es den Israelis, große Mengen an Waffen und militärischem Gerät an der ineffizienten Embargoaufsicht der UN vorbeizuschmuggeln. Dieses Material stammte von illegalem, informellem Handel mit Privatpersonen wie auch dem Ostblock, der das Embargo missachtete. Die Haganah und später die israelischen Streitkräfte konnten dabei auf Netzwerke von Funktionären und Lobbyisten der Jewish Agency aus der Vorkriegszeit zurückgreifen.

Die arabische Seite war vor dem Krieg vor allem von britischen und französischen Waffen- und Munitionslieferungen abhängig gewesen. Diese entfielen schlagartig mit dem Embargo. Die arabischen Staaten waren bei der Umgehung des Embargos erfolglos, da sie keine Verkäufer fanden. Infolgedessen wurden die arabischen Armeen nur an Mannschaften wiederverstärkt. Es gelang ihnen auch nicht, bisher nicht am Konflikt beteiligte Ausländer für ihr Militär zu gewinnen, bis auf einige wenige sudanesischen Soldaten.

Am 15. Juli verlangten die Großmächte einstimmig im UN-Sicherheitsrat eine erneute Waffenruhe. Diese wurde in der UN-Resolution vom 18. Juli 1948 proklamiert und blieb bis zum 15. Oktober in Kraft. Beide Seiten nutzten die Kampfpause, um ihre Streitkräfte zu verstärken.

Die israelischen Streitkräfte konnten durch den Zustrom von Freiwilligen aus dem Ausland und die Rekrutierung von kürzlich angekommenen Einwanderern ihre Stärke um 20.000 Mann auf 85.000 Soldaten erhöhen, und es gelang ihnen, sich durch Umgehung des Embargos Waffen aus dem Ausland zu beschaffen.

Israel gelang ein vernichtender Schlag gegen Ägypten und schuf sich im Norden einen weiträumigen Puffer, auch durch die Besetzung eines Teils des Südlibanon. Ägypten schied aus dem Krieg aus.

Nachdem Ägypten offiziell aus dem Krieg ausgeschieden war, folgten die anderen arabischen Staaten nach und nach. Die libanesische Regierung schied gegen einen Abzug der israelischen Truppen aus dem Südlibanon am 23. März 1949 aus dem Krieg aus. Ebenso verpflichtete sich die Regierung, syrische Truppen nicht im Südlibanon zu stationieren. Damit hatte sich Israel eine kleine Pufferzone an seiner Nordgrenze geschaffen. Die jordanische Regierung akzeptierte die Präsenz der Israelis am Golf von Akaba und unterzeichnete am 3. April 1949. Syrien unterzeichnete am 20. Juli. Die syrische Regierung forderte territoriale Zugeständnisse, insbesondere die Kontrolle des Oberlaufs des Jordans. Israel wollte dem im Hinblick auf die Wasserversorgung des Landes nicht zustimmen. Die beiden Staaten einigten sich schließlich auf die durch den Krieg geschaffenen Grenzen und eine demilitarisierte Zone entlang des Jordans.

Rund 750.000 bis 800.000 palästinensische Araber, mehr als jeder zweite arabische Bewohner, wurden zu Flüchtlingen, die meisten bereits während des Bürgerkrieges vor dem Eingriff der arabischen Staaten in den Konflikt. Rund 65 % davon verblieben innerhalb der Grenzen des Mandatsgebiets. Insgesamt 39 % der Flüchtlinge verblieben in der jordanisch kontrollierten West Bank. In den von Ägypten annektierten Gaza-Streifen flohen 26 % der Gesamtzahl. 14 % überquerten die Grenze in den Libanon. Jeweils 10 % verblieben jeweils in Syrien oder Ostjordanien.

Der Zusammenbruch der palästinensischen Gesellschaft ging als Nakba (Katastrophe) in den arabischen Sprachgebrauch ein.

5. Flüchtlingslager

Die im Palästinakrieg und Sechstagekrieg geflohenen und vertriebenen Palästinenser wurden in 58 Flüchtlingslagern im Westjordanland und Gazastreifen, in Jordanien, Syrien und dem Libanon aufgenommen, wo sie und ihre Nachkommen teilweise bis heute leben und vom Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten^[12] versorgt werden. Die

¹² Zur Betreuung palästinensischer Flüchtlinge infolge des ersten Palästinakrieges wurde am 19. September 1948 der Sonderfonds UNRPR (United Nations Relief for Palestine Refugees) eingerichtet. Das Ziel des

Integration der Flüchtlinge in die Bevölkerung wurde auch in den arabischen Staaten teilweise behördlich unterbunden. Die Zelte sind zwischenzeitlich durch feste Bebauung ersetzt worden, der Begriff „Lager“ (als kurzzeitiges Provisorium) ist damit sachlich nicht mehr korrekt. Der Gebrauch dieses Begriffs ist hier mehr politischer Natur, um den ungeklärten Status der Bewohner zu verdeutlichen.

Fast jede größere palästinensische Stadt hat ein Lager als Vorort. Zu diesen Lagern zählen:

Im Westjordanland

Dschenin
Aida bei Betlehem (NW) (1950)
Amari bei Ramallah/Al-Bireh (1949)
Aqabat Jaber bei Jericho (S) (1948)
Arroub zwischen Betlehem und Hebron (1950)
Askar bei Nablus (NO) (1950)
Balata bei Nablus (O) (1950)
Beit Jibrin bei Betlehem (SO) (1950)
Camp No. 1 zwischen Dschenin und Nablus (1950)
Daheishe bei Betlehem (S) (1949)
Deir Ammar zwischen Ramallah und Nablus (1949)
Ein Sultan bei Jericho (1948)
Far'a zwischen Nablus und dem Jordantal (1949)
Fawwar bei Hebron (S)
Jalazoun bei Bir Zait (S) (1949)
Kalandia zwischen Jerusalem und Ramallah
Nur Shams bei Tulkarem (O) (1952)
Shu'fat bei Jerusalem (N) (1965)
Tulkarem (1950)

Im Gazastreifen

Beach bei Gaza (N) (1948)
Bureij in der Mitte (1949)
Chan Jounis (1949)
Dair al-Balah in der Mitte (1948)
Dschabaliya bei Gaza (NW) (1948)
Maghazi in der Mitte (1949)
Nuseirat bei Gaza (S) (1948)
Rafah (1949)

Fonds bestand darin, Hilfsmaßnahmen zu koordinieren. Da dies jedoch nicht ausreichte, wurde die UNRWA gegründet, welche ihre Arbeit am 1. Mai 1950 aufnahm. Sie leistet seitdem Unterstützung bei der Befriedigung der Grundbedürfnisse von mittlerweile rund 4,6 Millionen Menschen. Diese Zahl setzt sich zusammen aus den 914.000 ursprünglichen Flüchtlingen von 1950 und deren Nachkommen. Das Hilfswerk wurde als eine Organisation auf Zeit gegründet, die den Flüchtlingen/Vertriebenen bis zur Regelung der Palästinafrage beistehen sollte. Ihre Tätigkeit bestand zunächst in der Bereitstellung von Nothilfe, also Lebensmitteln, Unterkünften, Kleidung und der wichtigsten medizinischen Versorgung. Heute gehen bis zu zwei Drittel des UNRWA-Jahreshaushaltes in die Erziehung, 20 % ins Gesundheitswesen und 10 % in die Sozialhilfe; mit dem Rest werden die administrativen Kosten bestritten.

In Jordanien^[13]

Amman
Baqa'a
Jebal al-Husseini
Jerash
Husn
Irbid
Marka
Souf
Talbieh
Zarqa

Im Libanon

Beddawi, 5 km nördlich Tripoli (1955)
Burj el-Shemali, 3 km östlich Tyros (1955)
Dbayeh, 12 km östlich Beirut (1956)
Mar Elias, Vorort von Beirut (1952)
Mieh Mieh, 4 km östlich Sidon (1954)
Nabatiye-Camp bei Nabatiye (1973 zerstört)
Nahr al-Bared, 16 km nördlich Tripoli (1949)
Sabra und Schatila, Vorort von Beirut (1949), siehe Massaker von Sabra und Schatila
Rashidieh, südlich Tyros (1963)
Ein el-Hilweh, Vorort von Sidon (1948)
Burj El-Barajneh, südlicher Vorort von Beirut (1948)
Wavel, bei Baalbek (1948)
El-Buss, 2 km südlich Tyros (1948)

In Syrien

Chan Dunoun (2)
Chan Eshieh
Dera'a
Hama
Homs
Jaramana
Neirab
Qabr Essit
Sbeineh

Die Flüchtlinge und ihre Nachkommen leben heute in Jordanien, Libanon und anderen arabischen Staaten, unterstützt vom UNRWA, einer Hilfsorganisation der Vereinten Nationen, in so genannten Flüchtlingslagern und bilden in den jeweiligen Ländern eine Minderheit, die, außer in Jordanien, keine staatsbürgerlichen Rechte besitzt und teilweise systematisch diskriminiert wird. Von den arabischen Staaten werden sie als Druckmittel gegen Israel im Nahostkonflikt eingesetzt. Ein dabei ein-

13 Über 50 % der arabischen Bevölkerung stammen von den etwa 800.000 Palästinensern ab, die nach dem Palästina-Krieg und dem Sechstagekrieg nach Jordanien geflohen sind. Die beiden größten Städte Jordaniens, Amman und Zarqa, haben palästinensische Bevölkerungsmehrheiten von 90 bis 99 %. Etwa 337.000 oder 17 % der 1,9 Millionen im Land registrierten Flüchtlinge, denen Jordanien als einziges arabisches Land die Staatsbürgerschaft gewährt hat, leben nach wie vor in 10 Flüchtlingslagern.

gefordertes „Recht auf Rückkehr“ (UN-Resolution 194) wird von Israel bis heute abgelehnt, da es dadurch die demographische Identität des Staates Israel als jüdischen Staat in Frage gestellt sieht. Zudem verweist Israel in diesem Zusammenhang auf die rund 800.000 aus dem arabischen Raum vertriebenen, jüdischen Flüchtlinge, die zu einem Großteil in die israelische Gesellschaft eingegliedert wurden. Israelische Araber stellen heute bereits knapp ein Fünftel der israelischen Bevölkerung und besitzen formell – abgesehen von mit dem Militärdienst verbundenen Privilegien – volle gesetzlich garantierte staatsbürgerliche Rechte sowie eigene Schulen und kulturelle Einrichtungen, teilweise auch eine eigene Zivilgerichtsbarkeit.

Die Palästinenser im Gazastreifen und im Westjordanland werden trotz ihrer Zugehörigkeit zu den palästinensischen Autonomiegebieten bis heute vom UNRWA mehrheitlich als Flüchtlinge geführt und sind zumeist faktisch staatenlos. Selbiges gilt auch für die Palästinenser, die bis heute in Flüchtlingslagern im Libanon und in Syrien leben. Trotz der schwierigen Lebensbedingungen in den Flüchtlingslagern und den durch Israel besetzten Gebieten findet vor allem in letzteren ein anhaltendes Bevölkerungswachstum statt. Von 1967 bis 2002 stieg die Zahl der Palästinenser in den Gebieten von 450.000 auf 3,3 Millionen. Die Geburtenrate im Gazastreifen gehört seit Jahren zu den höchsten der Welt. Etwa die Hälfte aller Bewohner der besetzten Gebiete und Flüchtlingslager sind unter 15 Jahre alt.

6. Die PLO

Die Palästinensische Befreiungsorganisation, kurz PLO, ist eine Dachorganisation verschiedener nationalistischer Fraktionen, die die Vertretung aller Palästinenser, auch der im arabischen und im nichtmuslimischen Exil anstrebt. Die weitaus stärkste Fraktion ist die Fatah.

Die PLO wurde am 28. Mai 1964 auf der konstituierenden Tagung des Palästinensischen Nationalrats (PNC) auf Initiative des damaligen ägyptischen Präsidenten Gamal Abdel Nasser in Jerusalem gegründet, um eine Vertretung des arabischen Volkes in Palästina im Rahmen einer panarabischen Bewegung^[14] zu schaffen. Ab 1969 bis zu seinem Tod am 11. November 2004 war Jassir Arafat^[15] PLO-Vorsitzender. Arafat trug maßgeb-

14 In der panarabischen Bewegung waren überdurchschnittlich viele Christen aktiv, neben Michel Aflaq (Christ aus Syrien, Gründer der Baath-Partei) zum Beispiel Antun Saada, der 1949 im Libanon hingerichtete Gründer der PSNS, der 2005 im Libanon ermordete Generalsekretär der libanesischen KP, George Hawi, und (marxistische) PLO-Führer wie George Habasch. Der Panarabismus ist zwar auch das Rekrutierungsfeld des Islamismus; dieser aber verfolgt ideologisch andere Ziele als der nationalistische Panarabismus und negiert im Gegensatz zu jenem das christliche Element der arabischen Welt und leugnet dessen autochthonen Charakter.

15 Jassir Arafat (* 24. August 1929 in Kairo, † 11. November 2004 in

lich zur Herausbildung eines palästinensischen Nationalbewusstseins und des Wunsches nach einem unabhängigen Staat Palästina bei. Der Sechstagekrieg 1967 löste eine Welle palästinensischer Flüchtlinge aus: ihre Vertretung brachte die PLO zu ihrer heutigen Bedeutung. Unter Arafats Führung radikalisierte sich die PLO, es wurden terroristische Anschläge verübt. Nach der Schlacht von Karame^[16] wurden die palästinensischen Flüchtlingslager in Jordanien zur Machtbasis der PLO. Die jordanische Armee vertrieb die PLO-Milizen im Schwarzen September 1970. Die PLO beschränkte sich daraufhin in den Flüchtlingslagern mit Hilfe ausländi-

Clamart, Département Hauts-de-Seine, Frankreich), war ein palästinensischer Freiheitskämpfer, Terrorist, Guerillakämpfer, Politiker und vom 12. Februar 1996 bis zu seinem Tod am 11. November 2004 Präsident der palästinensischen Autonomiegebiete. 1957 war er Mitbegründer und später Anführer der palästinensischen Fatah, die jahrzehntelang terroristische Anschläge und Bombenattentate auf israelische, jordanische und libanesische Ziele verübte. 1993 führte Arafat im Namen der PLO Friedensverhandlungen mit Israel, die zur gegenseitigen Anerkennung führten. 1994 erhielt er dafür gemeinsam mit Shimon Peres und Jitzhak Rabin den Friedensnobelpreis. Im Jahr 2000 verhandelte Arafat mit Israels damaligem Regierungschef Ehud Barak und dem damaligen Präsidenten der USA, Bill Clinton, erfolglos über die Gründung eines unabhängigen, palästinensischen Staates. Nach dem Scheitern von Camp David II unterstützte Arafat die Zweite Intifada, wodurch er in seinen letzten Lebensjahren vor allem außenpolitisch an Einfluss verlor.

1957 gründete er in Kuwait zusammen mit Chalil al-Wazir (Abu Dschihad) die erste Zelle der Bewegung zur Befreiung Palästinas (al-Fatah), aus der 1959 die gleichnamige politische Partei hervorging. Ab 1958 war Arafat Vorstandsmitglied und ab 1968 Vorsitzender der Fatah.

Durch seine aktive Teilnahme an der Schlacht von Karame 1968 begründete er seinen Heldenmythos und war ab 1969 Vorsitzender der PLO, die 1964 durch die Arabische Liga ins Leben gerufen wurde.

Ende der 1960er-Jahre wuchsen die Spannungen zwischen der PLO und der jordanischen Regierung; palästinensische Milizen (Fedayin) hatten faktisch einen Staat im Staate Jordanien etabliert und kontrollierten strategische Positionen wie die Öl-Raffinerien bei Zarqa. Jordanien betrachtete diese Umstände als eine wachsende Bedrohung seiner Souveränität und seiner Sicherheit und versuchte, die palästinensischen Milizen zu entwaffnen. Im Juni 1970 brachen nach einem fehlgeschlagenen palästinensischen Attentat auf den jordanischen König offene Kämpfe aus, die mit der Flucht der PLO aus Jordanien in den Libanon endeten. Wurde die Schlacht von Karame als erster historischer Sieg der PLO angesehen, so erlitt sie unter Arafats Führung 1970 mit dem Schwarzen September eine schwere Niederlage. Dieser musste zunächst nach Kairo, dann in den Libanon fliehen.

Aufsehen erregte der historische Auftritt Arafats vor der UN-Vollversammlung am 13. November 1974, bei dem er in Uniform, mit der Kufiya und umgeschlalltem Pistolenholster eine Rede hielt, die von arabischen und kommunistischen Staaten mit Begeisterung aufgenommen wurde. In der Rede reklamierte Arafat den alleinigen Machtanspruch über Palästina für die PLO. Er sprach der UNO das Recht ab, das unteilbare Heimatland der Palästinenser zu teilen und wies damit den Teilungsbeschluss von 1947 zurück. Auch behauptete er, der Palästina-Krieg von 1948 sei von Israel und nicht von den arabischen Staaten begonnen worden.

1988, dem Jahr in dem der jordanische König Hussein das Westjordanland an die PLO übergab, erkannte Arafat Israel indirekt an und erklärte 1989 die PLO-Charta von 1964, in der zur Zerstörung des Staates Israel aufgerufen wurde, für hinfällig.

16 Die Schlacht von Karame war ein Gefecht am 21. März 1968 um eine Fatahbasis im jordanischen Ort Karame, gegenüber Jericho, zwischen israelischen Streitkräften auf der einen und palästinensischen Freischärlern und jordanischen Truppen auf der anderen Seite. Hintergrund war ein Terroranschlag auf einen mit israelischen Kindern besetzten Bus. Im Verlauf der Schlacht wurde das Lager vollständig zerstört. Alle teilnehmenden Seiten reklamierten einen militärischen Erfolg.

scher Finanzierung auf soziale Ziele wie den Aufbau von Krankenhäusern und Schulen und baute gleichzeitig im Südlibanon eine Armee von etwa 20000 Mann auf. Nachdem die israelische Armee 1982 in den Libanon eingefallen war, musste die PLO ihr Hauptquartier nach Tunis verlegen. In den folgenden internen Machtkämpfen der PLO konnte Arafat sich durchsetzen. Im Verlauf von Erster Intifada und Zweiter Intifada entwickelte sich ein Machtkampf zwischen PLO und Hamas, in dem die PLO ihre führende Rolle als Vertretung der palästinensischen Bevölkerung verlor.

Der größte außenpolitische Erfolg der PLO war die Anerkennung als „Repräsentantin des palästinensischen Volkes“ durch die Vereinten Nationen im Jahre 1974. Neuer Vorsitzender ist seit Arafats Tod der Präsident der Palästinensischen Autonomiebehörde Mahmud Abbas.

7. Intifada

Intifada ist der Name für zwei palästinensische Aufstände gegen Israel. Der Begriff kommt aus dem Arabischen „sich erheben, loswerden, abschütteln“.

Die Erste Intifada begann als so genannter „Krieg der Steine“ 1987. Die Intifada begann im Flüchtlingslager Dschabaliya und verbreitete sich im Gazastreifen, dem Westjordanland und Ostjerusalem.

Der unmittelbare Auslöser der „Revolution der Steine“, wie die Intifada genannt wird, war ein am 09. Dezember 1987 von einem israelischen Militärlastfahrer herbeigeführter Unfall. Im Flüchtlingslager Jabaliya im Gaza-Streifen fuhr der Fahrer in mehrere palästinensische Autos, tötete vier Menschen und verletzte mehrere. Bei anschließenden Massendemonstrationen kam es zu Zusammenstößen zwischen palästinensischen Jugendlichen und der israelischen Besatzungsarmee. Auch in den folgenden Tagen und Wochen gelang es den israelischen Militärs nicht, die immer weiter um sich greifenden Unruhen unter Kontrolle zu bringen.

Israel reagierte mit einer Politik der „Eisernen Faust“: Ausgangssperren, Massenverhaftungen, Folter und Deportation folgten. Die seit den 1930er Jahren in zionistischen Kreisen kursierende Idee des „Transfers“ von Palästinensern aus den besetzten Gebieten und sogar aus Israel selbst wurde nun in Regierungskreisen offen unterstützt. Verteidigungsminister Yitzhak Rabin erließ den Befehl, jugendlichen Demonstranten die Knochen zu brechen. Dies alles konnte den Widerstandswillen der Palästinenser jedoch nicht brechen. Mittlerweile beteiligte sich die gesamte Bevölkerung aus allen sozialen Schichten am Aufstand. Komitees bildeten sich, die nicht nur Streiks und tägliche Demonstrationen organisierten sowie den Waren- und Steuerboykott überwachten (Palästinenser zahlten während der 20jährigen Besatzung

bisher über 800 Millionen Dollar „Besatzungssteuer“), sondern wichtige soziale Aufgaben - medizinische Versorgung, finanzielle Hilfe für Familien von Gefangenen, schulische Weiterbildung - übernahmen. Entscheidend dafür war die Entstehung der „Vereinten Nationalen Führung der Intifada“ (VNFI) in den besetzten Gebieten im Frühjahr 1988. Dieser gehörten neben der Fatah und dem Jihad die DFLP, PFLP und die Kommunistische Partei Palästinas an. Die VNFI operierte aus dem Untergrund durch regelmäßig erscheinende Flugblätter, die Streik- und Demonstrationstermine festlegten. Ziel der Intifada-Aktivisten war es, die israelische Besatzung zu beenden und gemäß der unveräußerlichen Rechte eines Volkes auf Selbstbestimmung einen unabhängigen palästinensischen Staat unter der Führung der PLO zu errichten.

Die Intifada erreichte ihren Höhepunkt am 15. November 1988. An diesem Tag proklamierte der Nationalrat auf seiner 19. Sitzung in Algier einen unabhängigen palästinensischen Staat mit der Hauptstadt Ost-Jerusalem. Darüber hinaus erkannte der Nationalrat den UN-Teilungsplan von 1947 (Resolution 181) an, erteilte dem bewaffneten Kampf eine Absage und erklärte sich zur Aufnahme von direkten Verhandlungen mit Israel auf Grundlage der Resolution 242 bereit. Damit erfolgte vonseiten der PLO schon fünf Jahre vor dem in aller Welt gefeierten „Gaza-Jericho-Abkommen“ eine Anerkennung des Existenzrechtes Israels und die Zusage zu einer Zwei-Staaten-Lösung.

Die zweite Intifada, die von den Palästinensern als Al-Aqsa-Intifada bezeichnet wird, begann im September 2000. Der Besuch des damaligen Oppositionsführers Ariel Scharon auf dem auch für Moslems heiligen Tempelberg führte zu heftigen Protesten unter den Palästinensern. Nach dem Scheitern des Gipfels von Camp David war die Gründung eines palästinensischen Staates erneut in weite Ferne gerückt. Sharon, der sich bereits im Wahlkampf befand, wollte mit seinem Gang in Gesellschaft von mehr als tausend Polizisten über den Tempelberg ein politisches Zeichen setzen, dass Jerusalem nicht geteilt werden würde.

Am Tag nach seinem Besuch kam es zu heftigen Protesten. Die Polizei erschoss vier Palästinenser, es gab 200 Verletzte, darunter auch 14 israelische Polizisten.

Angeheizt wurde die Intifada durch das Video von der angeblichen Erschießung des Palästinenserjungen Mohammed Al-Durah durch israelische Soldaten an einer Straßenkreuzung nahe Netzarim im Gaza-Streifen am 30. September 2000, drei Tage, nachdem an derselben Straßenkreuzung eine israelische Militärpatrouille von palästinensischen Scharfschützen angegriffen und dabei ein israelischer Soldat getötet wurde (27. September 2000) und zwei Tage nach Scharons Tempelberg-Besuch (28. September 2000).